

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Florian von Brunn

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Benno Zierer

Abg. Franz Josef Pschierer

Abg. Anne Franke

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Alexander Flierl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Julika Sandt

Abg. Kerstin Celina

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in Bayern (Bayerisches Soziales Klimaschutzgesetz - BaySozKlimaSchG) (Drs. 18/21212)

- Zweite Lesung -

Vorweg gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, über den Gesetzentwurf in namentlicher Form abzustimmen.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 54 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die CSU hat 16 Minuten, die GRÜNEN haben 10 Minuten, die FREIEN WÄHLER 8 Minuten, AfD und SPD je 7 Minuten, die FDP hat 6 Minuten und die Staatsregierung 16 Minuten Redezeit. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 3 Minuten sprechen. – Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen und Fraktionsvorsitzenden der SPD Herrn Florian von Brunn das Wort. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Klimaschutz ist wichtiger denn je. Wir können die Folgen der Klimaerhitzung seit einigen Jahren selbst deutlich spüren und sehen: Wir haben alle noch die schlimmen Bilder aus dem letzten Jahr von weggerissenen Häusern, zerstörten Ortschaften und verzweifelten Menschen vor Augen. In diesem Sommer haben wir eine furchtbare Hitzewelle und große Trockenheit mit schlimmen Folgen für die Landwirtschaft, aber auch für viele Menschen erlebt. Das zeigt doch: Es ist höchste Zeit zu handeln!

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist wirtschaftlich stark. Seine Unternehmen und seine Forschung stehen technologisch an der Spitze. Wir könnten allen anderen zeigen, wie man den Klimaschutz

richtig voranbringt. Aber leider geht wenig vorwärts. Im bisherigen Klimaschutzgesetz von CSU und FREIEN WÄHLERN steckt – außer im Namen – nicht viel Klimaschutz.

Auch Ihre neuen Vorschläge sind bei den Expertinnen und Experten hier bei der Anhörung im Landtag durchgefallen: zu unkonkret und zu wenig verbindlich. So werden die Klimaschutzziele in Bayern nicht erreicht. Deswegen legen wir als SPD heute hier im Bayerischen Landtag ein soziales Klimaschutzgesetz vor.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben schon vor fast einem Jahr zusammen mit dem renommierten Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung konkrete Klimaschutzmaßnahmen entwickelt. Wir haben einen Masterplan für ein klimaneutrales und soziales Bayern vorgelegt. Jetzt ergänzen wir diesen Schritt durch ein Klimaschutzgesetz. Wir als SPD wollen, dass Bayern im Klimaschutz ein Vorbild ist.

(Beifall bei der SPD)

Entscheidend ist dafür eine mutige und kraftvolle Energiewende. Wir müssen jetzt alles tun, um uns von den fossilen Energien, von Gas, von Öl und von Kohle, endgültig unabhängig zu machen, und deswegen beschleunigt die Bundesregierung unter Olaf Scholz die Energiewende in einer Art und Weise, wie es vorher wahrscheinlich noch nie der Fall war.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Der war gut!)

Was müssen wir hier in Bayern tun? – Ein entscheidender Schritt ist die komplette Abschaffung des Windkraftstopps 10 H.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Folgen dieser unsinnigen Windkraftstoppregelung kann man an nur zwei Zahlen ablesen: In Bayern wurden wegen Herrn Söder und der CSU im letzten Jahr nur acht Windräder gebaut.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): In den SPD-regierten Ländern auch nicht mehr!)

Bei Stephan Weil im SPD-regierten Niedersachsen waren es 104 neue Windkraftanlagen. Sehr geehrte Damen und Herren, das ist der Unterschied zwischen Machen und Södern.

(Beifall bei der SPD)

Die Windkraft ist die perfekte Ergänzung für die Sonnenenergie. Wenn die Sonne nicht scheint, dann weht meistens der Wind, sei es im Winter oder in der Nacht. Wir als SPD setzen auf beides, auf Sonnenenergie und auf Windkraft. Das ist Vernunft statt Ideologie.

(Beifall bei der SPD)

Unser Gesetzentwurf sieht also die komplette Abschaffung von 10 H vor, genauso wie eine Pflicht für Photovoltaik beim Neu- und Umbau von Gebäuden. Wir gehen aber mit dem Gesetz noch ein weiteres wichtiges Thema an: Bayern hat den höchsten Ausstoß an Treibhausgasen im Bereich des Verkehrs. Deswegen will die SPD den klimafreundlichen öffentlichen Verkehr ausbauen. Wir wollen viel mehr Bus und Bahn, gerade auch im ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD)

Dafür wollen wir aus der Bayerischen Eisenbahngesellschaft eine Bayerische Mobilitätsgesellschaft machen. Sie soll den Städten und Landkreisen bei der Einrichtung von landkreisübergreifenden Expressbus-Verbindungen helfen und auch die Wiederbelebung, die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken voranbringen.

(Beifall bei der SPD)

Unser Gesetzentwurf beinhaltet außerdem ganz konkrete und verbindliche Klimaschutzziele. So wollen wir im Freistaat den Treibhausgasausstoß schrittweise reduzieren und bis spätestens 2040 endgültig klimaneutral werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen den Fortschritt durch unabhängige – ich betone: durch unabhängige – Expertinnen und Experten regelmäßig kontrollieren lassen und schauen, ob diese Ziele eingehalten werden. Falls das nicht erreicht wird und der CO₂-Ausstoß nicht ausreichend verringert wird, dann sieht unser Gesetz eine Verpflichtung vor für sofortige zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen, einen Nachsteuerungsmechanismus.

Bei der Anhörung zum Klimaschutz vor zwei Wochen hier im Landtag hatten wir als Experten Herrn Dr. Florian Janik, den SPD-Oberbürgermeister von Erlangen hier. Er hat einen ganz wichtigen Aspekt angesprochen: Egal, ob es um Photovoltaik auf Dächern oder um mehr Busse geht, Klimaschutz wird vor allem in den Städten und Gemeinden, also vor Ort gemacht. Deswegen wollen wir, dass Klimaschutz zu einer besonderen Pflichtaufgabe für die bayerischen Kommunen wird. Übersetzt heißt das, dass der Freistaat den Städten und Gemeinden auch das notwendige Geld für den Klimaschutz zur Verfügung stellen muss. Wir wollen unsere Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen den Klimaschutz zu einer Leitlinie für die gesamte bayerische Politik machen. Deswegen soll künftig jedes Gesetz auf seine Klimaauswirkungen hin überprüft werden. Das Gleiche gilt für die Haushaltspolitik; denn wir wollen klimafeindliche Subventionen abschaffen können. Besonders wichtig ist für uns als SPD eines: Unser Gesetzentwurf sieht vor, dass alle klimapolitischen Maßnahmen auch auf ihre sozialen Auswirkungen hin überprüft werden. Wir wollen sozial gerechten Klimaschutz, der niemand über Gebühr belastet und der Arbeitsplätze schafft und nicht kostet.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse kurz zusammen: Wir wollen als SPD, dass Bayern bis 2040 klimaneutral ist. Dafür brauchen wir Schub bei den erneuerbaren Energien. Im letzten Jahr wurden nur

acht neue Windräder in Bayern errichtet. Das reicht nicht. Wir brauchen mehr als Hundert neue Windkraftanlagen pro Jahr, wie es die SPD-Regierung von Stephan Weil in Niedersachsen oder das SPD-regierte Brandenburg vormachen. Wir wollen gerechten Klimaschutz, der niemand über Gebühr belastet. Wir wollen den kraftvollen Ausbau von Bus und Bahn. Wir als SPD wollen, dass unser Bayern Vorbild beim Klimaschutz ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es folgt eine Intervention von Herrn Abgeordneten Ingo Hahn von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werter Herr von Brunn von der SPD, in Ihrem Gesetzentwurf zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in Bayern heißt es, ich zitiere: "Weisen die Emissionsdaten im Klimabericht [...] eine Überschreitung der zulässigen Jahresemissionsmenge für einen Sektor in einem Berichtsjahr [...] aus, so legt das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz der Staatsregierung innerhalb von drei Monaten nach Vorlage des Klimaberichts ein Sofortprogramm für den jeweiligen Sektor vor, das die Einhaltung der Jahresemissionsmengen des Sektors für die folgenden Jahre sicherstellt."

Wie stellen Sie sich das in der Umsetzung eines solches Sofortprogramms konkret vor? Zum einen müsste das Umweltministerium damit als eine Art Überministerium für alle Sektoren fungieren und wäre sowohl fachlich als auch personell maßlos überfordert. Zum anderen stellt sich die Frage, wie denn konkrete Einschränkungen beim Bürger durchgesetzt werden sollen. Das wollen Sie ja wohl. Denken Sie denn in diesem Zusammenhang an eine Art Klimapolizei?

Florian von Brunn (SPD): Ganz ehrlich, ich weiß jetzt nicht, was Sie unter "Klimapolizei" verstehen. Manche Ihrer Bemerkungen von der AfD sind ja vielleicht schon polizeirelevant. Herr Hahn, die AfD hat heute Morgen bei der Debatte, als es um die Ver-

fehlungen von Herrn Maier ging, nicht besonders gegläntzt. Dass Sie sich nicht vorstellen können, wie man aus dem Parlament oder der Regierung heraus Klimaschutz voranbringt, wundert mich nicht; denn Ihnen geht es ja vor allem darum, Streit und Unfrieden zu säen und Zweifel an der menschengemachten Klimaerhitzung zu wecken. Sie leugnen auch den Klimawandel; das ist ja bekannt.

Es ist doch ganz einfach: Man tut dies, indem man mehr in den öffentlichen Verkehr investiert, indem man die Energiewende beschleunigt und indem man zusätzliche Programme für den Klimaschutz auflegt. Solche Vorschläge kann das Umweltministerium machen. Wenn Sie das nicht verstehen, ist das Ihr Problem. Für uns ist die Sache relativ klar.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Weitere Zwischenbemerkungen gibt es nicht. Dann darf ich Herrn Kollegen Eric Beißwenger von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist selbstverständlich eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Auch wir in Bayern sind von diesem Klimawandel und seinen Folgen massiv betroffen. Der Klimaschutz gehört zu unseren großen Aufgaben, politisch, gesellschaftlich, aber auch wirtschaftlich. Für uns gilt: Klimaschutz muss wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll, aber auch sozialverträglich sein.

Für das Erreichen der ehrgeizigen bayerischen Klimaschutzziele steht für uns das Vermeiden von Treibhausgasemissionen im Vordergrund. Energieeinsparung, Effizienzsteigerung sowie der Ausbau erneuerbarer Energien sind dafür besonders bedeutsam. Die SPD legt jetzt einen Gesetzentwurf für einen sozialen Klimaschutz vor. Der soziale Bestandteil ist allerdings meiner Meinung nach nur schwach ausgeprägt. Ansonsten ist dieser Gesetzentwurf eine Mischung von Regelungen aus dem Bundes-

Klimaschutzgesetz, die auf Bayern übertragen werden sollen, und Vorgaben, die im Bayerischen Klimaschutzgesetz bereits geplant sind.

Die verschärften Klimaschutzziele gehen weit über die Ziele des Bundes und der EU hinaus. Zum Teil fehlen auf Landesebene die Kompetenzen für deren Umsetzung. Für die Festlegung von Sektorzielen gibt es auf Landesebene beispielsweise gar keine gesetzliche Grundlage. Klimaschutzziele werden auf der Ebene der EU und des Bundes verankert und sind natürlich auch in internationalen Verträgen festgeschrieben und fixiert. So ist für die Festlegung nationaler Minderungsbeiträge nach dem Pariser Klimaabkommen die Bundesrepublik verantwortlich. Bestimmte Sektoren, beispielsweise der Energie- und der Industriesektor, unterliegen ohnehin dem Europäischen Emissionshandel; eine Regelung auf Landesebene ist nicht vorgesehen.

Entsprechend ist auch eine Festlegung verbindlicher Jahresemissionsmengen für Sektoren auf Landesebene obsolet. Eine derartige Übertragung von Regelungen des Bundes-Klimaschutzgesetzes auf Landesebene ist unserer Meinung nach abzulehnen. Vieles von dem, was hier gefordert wird, ist in der Novelle des Bayerischen Klimaschutzgesetzes enthalten, zum Beispiel ist eine umfassende Klimaberichterstattung bereits vorgeschrieben. Mehr Berichte bedeuten zwar mehr Bürokratie, aber nicht unbedingt mehr Klimaschutz.

Einen Klimarat, wie beispielsweise gefordert, gibt es in Bayern bereits. Auch was die Vorbildfunktion des Staates betrifft, ist in der Novelle des Bayerischen Klimaschutzgesetzes bereits vorgesehen, dass die Staatsregierung Klimaneutralität bis zum Jahr 2023 anstrebt und die Staatsverwaltung bis 2028. Wir unterstützen auch die Kommunen in Sachen Klimaschutz.

Da gibt es entsprechende Förderprogramme und Informationsangebote. Eine Klimaschutzprüfung, das heißt den Vorrang des Klimaschutzes bei der Prüfung von Gesetzen, lehnen wir allerdings ab. Ein absoluter Vorrang des Klimaschutzes bei der Abwägung ist insbesondere im Hinblick auf die soziale Balance unserer Ansicht nach nicht

vertretbar. Dies gilt auch für die nach dem Gesetzentwurf vorgesehene Prüfung des Haushaltes des Freistaats Bayern.

Kommen wir zur sozialen Komponente des Gesetzentwurfs. Laut Artikel 12 sollen Ungleichheiten im Zusammenhang mit klimapolitischen Maßnahmen geprüft werden und ihnen gegengesteuert werden, um die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Bayern zu sichern. Ich zitiere: "Er" – der Staat – "fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land." Genau so steht es in Artikel 3 der Bayerischen Verfassung. Wenn das also ohnehin Aufgabe der Staatsregierung ist, erschließt sich mir nicht, warum das jetzt in einem Klimagesetz geregelt werden sollte. Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion steht für mehr Bürokratie. Seine Finanzierung ist ungeklärt. Er berücksichtigt das Konnexitätsprinzip nicht.

Für uns gilt der Dreiklang aus Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und sozialer Verträglichkeit. Klimaschutz ist ein fortwährender Prozess und eine Querschnittsaufgabe. Die drei Säulen der bayerischen Klimapolitik sind die Minderung des Treibhausgasausstoßes in Bayern, die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, was unserer Ansicht nach ganz wichtig ist, und verstärkte Forschung und Entwicklung, das heißt Hightech und innovative Konzepte. Wir haben Antworten, die weit über einen "Waschlappen", wie von anderen Fraktionen und Parteien vorgetragen wurde, hinausgehen, und zwar deutlich. Bayern ist der größte Stromproduzent bei den erneuerbaren Energien deutschlandweit. Das habe nicht ich erfunden, sondern das hat das Bundeswirtschaftsministerium auf Anfrage der CSU bestätigt.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Falsch!)

Vor allem bei den Zubauten führen wir deutlich.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beißwenger. – Es liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Prof. Hahn vor. Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Beißwenger von der CSU, der Tiefpunkt, an dem sich unser Land derzeit befindet, war nur erreichbar, weil Frau Merkel und auch Herr Söder vor den Links-GRÜNEN und gerade vor den GRÜNEN gebuckelt haben

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Haben die Ihnen etwas aufgeschrieben?)

und sie teilweise sogar noch links überholt haben. Wir befinden uns in dieser Wirtschafts-, Energie- und Inflationskrise, weil Sie als einzige konservative Kraft die Vernunft geopfert haben, um momentane Beliebtheitswerte Ihrer Parteivorsitzenden zu erhöhen. Aber spätestens jetzt, wo es für alle hier so offensichtlich wird, was uns diese Links-GRÜNEN eingebrockt haben, könnten Sie doch bitte zur Realpolitik zurückkehren!

(Lachen der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Aber Sie machen genau das Gegenteil, wie wir letzte Woche hier im Plenum gesehen haben, als Sie Tür und Tor für die Windkraftlobby geöffnet haben und 10 H hier faktisch gekippt haben. Also frage ich Sie: Muss die Bevölkerung in Bayern und in Deutschland erst frieren und im Dunkeln ausharren, vielleicht schon in diesem Winter, damit Sie endlich wieder zur Vernunft kommen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Abgeordneter Beißwenger.

Eric Beißwenger (CSU): Herr Professor, meine Vernunft ist durchaus da. Ich weiß nicht, was letzte Woche im Plenum stattfand. Letzte Woche war gar keine Plenarsitzung. Deshalb ist das für mich nicht schlüssig.

(Heiterkeit bei der CSU)

Vielleicht warst du hier allein im Plenum, und ich weiß nicht, was da alles vorgefallen ist oder dir passiert ist. Allerdings war das ohne Beteiligung von uns.

Ich sage dir ganz ehrlich: Das, was im Moment läuft, macht uns allen Sorgen. Jeder hat doch Sorgen bezüglich der Energieverfügbarkeit. Das sage ich ganz ehrlich: Das 200-Milliarden-Paket, dieser "Doppel-Wumms" – – Florian, du kannst mir bei der Mehrzahl von "Wumms" helfen. Wir werden es über diese Kanzlerschaft erfahren. Ich weiß es nicht.

(Zuruf: Wümmse!)

Die 200 Milliarden Euro allein sind das 1,5-Fache des Dax-Gewinns des letzten Jahres. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Deshalb sage ich nicht, wir sollen den Menschen nicht helfen. Klar müssen wir ihnen helfen! Aber das ist keine Antwort für den Mittelstand, keine Antwort darauf, was zum Beispiel bei Pellets und Öl geboten ist. Da ist in der Zukunft, ab März, etwas für die Unternehmen. Aber sonst ist mir das zu wenig. Deshalb ganz klar: Wir haben Antworten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Beißwenger. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Martin Stümpfig von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mehrere der eingeladenen Expertinnen und Experten hatten vor knapp 14 Tagen ein Déjà-vu, als hier die Anhörung zum Bayerischen Klimaschutzgesetz standfand. Die Frau Dr. Pittel und der Herr Gnädinger zum Beispiel fragten sich: Haben wir denn zwei Jahre lang gegen eine Wand geredet? Hat sich denn überhaupt nichts getan? – Ziemlich auf den Tag genau vor zwei Jahren hatten wir schon einmal eine Anhörung zu dem Bayerischen Klimaschutzgesetz. Es wurde grundlegend kritisiert, aber es hat sich nichts geändert. Das Gesetz sollte generalrenoviert werden,

aber herausgekommen ist außer einem faden Aufguss des alten miserablen Gesetzes gar nichts außer Ankündigungen. Gestern hatten wir wieder eine Ankündigung von Ministerpräsident Söder. Er hat gesagt: Jetzt endlich Tempo bei den erneuerbaren Energien machen. – Wiederum nur Ankündigungen. Außer Ankündigungen liefert die Staatsregierung nichts. Das ist bitter und darf auf keinen Fall so bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Herr Beißwenger, weil Sie in Ihrer Rede gerade wieder erwähnt haben, Bayern sei Spitze bei der Produktion der erneuerbaren Energien im Strombereich:

(Zurufe von der CSU: So ist es!)

Einfach falsch. Das finde ich dramatisch. Der Herr Minister, der Herr Florian Herrmann, telefoniert zwar gerade, aber Sie haben das vor 14 Tagen hier am Rednerpult gesagt. Dass ein Minister klare Falschaussagen macht, ist mehr als deftig.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei))

Das habe ich in meinen neun Jahren hier noch nicht erlebt; denn was Fakt ist, könnten Sie ganz leicht nachrecherchieren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Lesen Sie es doch nach! Da versucht jemand, seine Haut zu retten! – Weiterer Zurufe von der CSU)

– Sie regen sich auf. Das ist mir schon klar. – Niedersachsen hat 2020 52 Terawattstunden erneuerbaren Strom erzeugt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Also hat das Ministerium die falschen Zahlen?)

In Bayern schaffen wir nicht einmal 40 Terawattstunden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Falsch!)

Ich kann Ihnen gern den Unterschied zwischen produziertem Strom und installierter Leistung erklären. Den haben Sie vielleicht immer noch nicht verstanden. Das ist dramatisch.

(Zurufe von der CSU)

Aber dass Sie das immer noch wiederholen, wo Sie am Anfang nicht begriffen haben, was der Unterschied ist, und dass der Ministerpräsident sich hinstellt und das sagt, ist ungeheuerlich. Hören Sie endlich auf, die Menschen in diesen ohnehin äußerst angespannten Zeiten durch Falschaussagen und Nebelkerzen absichtlich zu verunsichern! So die Aussage von Minister Herrmann.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Stimmt nicht!)

Hören Sie auf mit diesen Falschaussagen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Recherchieren Sie anständig, bevor Sie hier ans Rednerpult treten! Bayern ist abgehängt. Das ist dramatisch: Im Jahr 2016 hatte Bayern tatsächlich noch die Nasenspitze vorn bei der Produktion erneuerbarer Energien, weil es eben flächengrößtes Bundesland ist und weil es ganz viel Wasserkraft in Bayern gibt. Aber seit 2016 hat Niedersachsen Bayern locker überholt, und zwar so weit, dass Bayern den Anschluss verpasst hat. Es gab einen Zubau, der um das Vierfache schneller erfolgte als in Bayern. Wie gesagt: heute 52 Terawattstunden zu noch nicht einmal 40 Terawattstunden. Das sind Fakten. Wir bitten, hier bei den Fakten zu bleiben und nicht nur Fake News zu verbreiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber zurück zum Klimaschutzgesetz der SPD-Fraktion. Wir werden diesem Klimaschutzgesetz zustimmen. Es enthält die wichtigen Bausteine eines wirksamen Klimaschutzgesetzes. Wir haben als Landtagsfraktion der GRÜNEN hier im Bayerischen

Landtag im Jahr 2018 als Erstes einen umfassenden Entwurf vorgelegt, in dem klar steht: Wir brauchen Zielsetzungen. Man muss sich an den Zielen von Paris orientieren. Wir brauchen Sektorziele, ein Maßnahmenprogramm, einen unabhängigen Klimarat mit klaren Aufgaben und ein Monitoring. – Das alles hat auch das SPD-Gesetz. Aber wenn wir jetzt auf den Entwurf der Staatsregierung schauen, stellen wir fest: Da ist das alles nicht enthalten. Wir haben zwei Anhörungen gehabt, wir haben zwei Beteiligungen. Viele Verbände haben sich beteiligt und ganz klar gesagt, das und das fehlt. Wir brauchen hier klare Beschlüsse. Das ist wirklich dramatisch, dass wir selbst heute noch, im Jahr 2022, von der Staatsregierung einen Gesetzentwurf vorliegen haben, wo Sektorziele und Zwischenziele fehlen, wo Monitoring fehlt, keine Aufgaben für den Klimarat definiert sind und die ganzen Maßnahmen im Bereich Strom fehlen usw. Das ist wirklich mehr als dramatisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beißwenger, Sie haben gerade gesagt, Sektorziele seien in einem Landesklimaschutzkonzept nicht möglich. Das ist einfach falsch. Herr Beißwenger, ich wäre froh, wenn Sie kurz zuhören würden; denn wenn Sie nur nach Baden-Württemberg schauen

(Zuruf von der CSU)

– es tut mir leid, ich rede gerade und kann nicht warten, bis Sie fertig sind –, werden Sie feststellen: Vor 14 Tagen hat Baden-Württemberg sein Klimagesetz renoviert und Sektorziele eingefügt. Baden-Württemberg hat ganz genau gesagt: Okay, das Bauministerium braucht das, das Verkehrsministerium braucht das usw. Von daher gesehen ist das, Herr Beißwenger, in Ihrer Rede die zweite Falschaussage. Das ist wirklich dramatisch; denn Sektorziele sind machbar. An Baden-Württemberg sieht man: Wenn eine Landesregierung wie zum Beispiel der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs Klimaschutz machen will, dann geht es. Aber hier in Bayern gibt es wirklich ein Versagen auf ganzer Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Prof. Klinger sagte zum Beispiel in der Anhörung: Alles Verbindliche fehle im Bayerischen Klimaschutzgesetz. Die Zwischenziele fehlten. Das Klimaschutzprogramm sei ohne irgendwelche Angaben, wann es denn kommen solle. Er sagte auch, der Klimabericht erscheine zwar jährlich, aber es sei nur eine Info-Pflicht. Was wird denn daraus gemacht? Das Klimaschutzgesetz ist ohne jegliche Verbindlichkeiten. Prof. Klinger fasste zusammen und sagte: Ich mache hier zwar ein Gesetz, aber bei Nichteinhaltung will ich nichts davon wissen. – Das ist Ihre Klimapolitik. Das ist die Klimapolitik von CSU und FREIEN WÄHLERN. Das ist wirklich dramatisch. Aber so kann es einfach nicht weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihnen sollte schon zu denken geben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, dass auch ein Herr Essers von der Firma Wacker gesagt hat, der Ausbau der erneuerbaren Energien komme in dem Klimaschutzgesetz kaum vor. PV sei nicht genug. Und, so Herr Essers weiter, der Ausbau der erneuerbaren Energien sei für die Industrie überlebenswichtig. Der Netzausbau müsse verstärkt werden. – Das sagt Ihnen die bayerische Industrie. Es ist also allerhöchste Zeit, dass Sie etwas tun.

Für mich ist hier ganz klar: Die CSU ist Bayerns wirtschaftlicher Standortnachteil.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Damit muss jetzt für uns alle ganz klar sein: Es wird allerhöchste Zeit, dass die CSU hier in Bayern abgelöst wird.

Tag für Tag spüren wir die Erdüberhitzung mehr. Wenn wir nur die Situation von heuer anschauen, stellen wir zum Beispiel eine sinkende Grundwasserneubildung fest. Die Gletscher werden in Bayern bald ganz verschwinden. Unsere Wälder leiden immer mehr unter Trockenheit. Die Klimaanpassung ist ein zentrales Thema. Im SPD-Klima-

schutzgesetz ist es enthalten. In unserem Klimaschutzgesetz ist es auch enthalten. Im Gesetzentwurf der Staatsregierung findet sich dazu nur ein einziger Satz: Die Staatsregierung stellt eine Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels auf und schreibt diese regelmäßig fort. – Wir wissen nicht, wann diese Strategie kommt. Diese war auch im alten Gesetz 2020 bereits enthalten. Seitdem hat sich überhaupt nichts getan. Zwei Jahre später sehen Sie also, dass sich einfach nichts tut, wenn Sie solche Sätze hineinschreiben. Sie machen nichts. Und genau das ist die Kritik generell an Ihrem Klimaschutzgesetz.

Ich sage Ihnen eines: Wir erleben jetzt die Folgen einer um 1,1 Grad zu heißen Welt. Aber wenn noch mehr so unverantwortliche Entscheider wie Sie das Sagen haben, steuern wir geradewegs auf eine um 3 Grad zu heiße Welt zu. Dann geht es nicht mehr um Anpassungsmaßnahmen; denn dann gibt es keine Ökosysteme mehr, die funktionieren. Dann können wir auch nicht mehr die Forstwirtschaft und Landwirtschaft betreiben, die wir heute machen. Wir sind hier in unserem Klimasystem kurz vor Kippunkten. Wir brauchen endlich einen wirksamen Klimaschutz, um hier anzupacken. Dazu fordere ich Sie jetzt dringend auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend noch kurze Anmerkungen, weil gestern Ministerpräsident Söder nochmals angekündigt hat, bei den erneuerbaren Energien jetzt das Tempo zu erhöhen. Ja, das ist wieder mal eine seiner Ankündigungen. Morgen haben wir zum Beispiel wieder unseren Wirtschaftsausschuss, Tagesordnungspunkt I: Solardachinitiative der EU. Die EU sieht vor, bis 2029 verpflichtend auf allen neuen Wohngebäuden Solardächer zu installieren. Bis 2027 sind Solardächer auf neuen Gewerbebauten und auf öffentlichen Bauten zu errichten. Ja, das ist eigentlich eine super Sache. Das passt eigentlich zu dem, was der Ministerpräsident angekündigt hat. Aber von wegen; denn in der Praxis sieht es so aus, dass wiederum die CSU und die FREIEN WÄHLER morgen einen Vorschlag haben und sagen: Nein, wir lehnen diese Solardachinitiative der EU ab, und zwar aus irgendwelchen fadenscheinigen Gründen, weil es im Klima-

schutzgesetz der Staatsregierung eine Empfehlung gibt und eine Empfehlung viel besser ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, glauben Sie denn, dass wir mit solchen Maßnahmen vom Schneckentempo wegkommen und endlich Gas geben können? – Niemals!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Stümpfig, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Deswegen mein letzter Satz: Hören Sie auf mit Ihrer Blockadepolitik. Schaffen Sie die 10-H-Regelung ab. Machen Sie endlich Geothermie und eine echte Solarpflicht!

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt drei Interventionen in folgender Reihenfolge: Abgeordneter Hahn, Abgeordneter von Brunn und Abgeordnete Schorer-Dremel. Wir beginnen logischerweise mit dem Aufruf von Herrn Abgeordneten Hahn. Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Sehr geehrter Herr Stümpfig von den GRÜNEN, ich frage mich allmählich, ob Sie und Ihre Genossen von der SPD unter – in Anführungszeichen – "sozial" irgendwie etwas ganz anderes verstehen als der Rest Deutschlands. Ihre Energiewende ist nämlich maßgeblich für die Energiekrise und diese Preisexplosion verantwortlich. Ich nenne hier die Namen Trittin und Fischer. Es ist faktisch Ihre Schuld, dass in diesem Land gerade reihenweise Existenzen vernichtet werden und der Mittelstand ausblutet. Man könnte ja hoffen, dass wenigstens einigen in Ihrer Trümerpartei allmählich ein Licht aufgeht, was diese Politik hier mit unserem Land macht. Aber nein, Sie nicht! Sie fordern sogar "noch mehr Klimaschutz" – ich setze das in Anführungsstriche –, noch mehr CO₂-Maßnahmen, noch mehr Wirtschaftsrestriktionen, noch mehr Teuerungen, noch mehr Schikanen für die Bürger hier. Sie machen die

Menschen arm. Ihr grüner Weg ist gescheitert. Das möchte ich Ihnen hier einmal sagen. Damit ist in Bayern auch Ihre Partei gescheitert. Ich frage mich: Wie kann man so ungetrübt an dem Ast sägen, auf dem man selbst sitzt?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut. – Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Die Preise für die fossile Energie steigen und steigen. All diejenigen, die sich vor ein paar Jahren entschieden haben, auf die erneuerbaren Energien zu setzen, profitieren jetzt davon. Das ist meine einfache Aussage zu Ihrer Intervention.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Dann kommen wir zur nächsten Intervention: Herr von Brunn, bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Stümpfig, Sie haben gerade gehört, der Herr Beißwenger behauptet, die Gaspreisbremse würde mittelständische Betriebe nicht einschließen. Auch Sie haben vielleicht das Papier gelesen und können sicherlich bestätigen, dass alle Betriebe bis 1,5 Millionen Kilowattstunden, also auch mittelständische Betriebe, von der Gaspreisbremse erfasst werden, dass also auch sie die Abschlagszahlungen bekommen. Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht noch etwas dazu sagen.

Mich würde auch interessieren, was Sie dazu sagen, dass die heutige Debatte über den Klimaschutz im Bayerischen Landtag kein einziges Mitglied der Staatsregierung interessiert. Nicht einmal der Umweltminister ist anwesend.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Was die Anwesenheit betrifft, sind die Reihen der Ministerinnen und Minister momentan komplett leer. Das ist wirklich dramatisch, weil man daran sieht, wie wichtig das Thema der Staatsregierung anscheinend ist und wie sie dieses Thema einschätzt.

Zur ersten Frage bezüglich Gaspreisbremse und Mittelstand: Ja, diese Mittel sind, genau so wie Sie, Herr von Brunn, sagen, auf den Weg gebracht. Ich glaube, da sind wir auf einem sehr, sehr guten Weg. Das Schlechtreden vonseiten Bayerns und dass die Staatsregierung immer nur mit dem Finger darauf zeigt, macht die Situation auf keinen Fall besser. Ich lade Sie wirklich ein, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, konstruktiv mitzuarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. – Die letzte Intervention: Frau Kollegin Schorer-Dremel, bitte schön.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Stümpfig, ich bin schon mehr als überrascht. Die CSU soll ein Standortnachteil sein. Ich stelle mal fest: Mit Ausnahme von Baden-Württemberg, wo die Union mit in der Regierung ist, sind sämtliche rot-grün-regierten Länder Nehmerländer. Mit 9,6 Milliarden Euro Länderfinanzausgleich sind wir Bayern diejenigen, die dafür sorgen, dass die Republik vorankommt. Daher ist es ein Vorteil, dass die CSU durch die Politik, die sie in Bayern leistet, diese große Summe mit zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Stümpfig, bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Es gibt in Deutschland kein Bundesland, das so stark am Tropf von Öl und Gas, vor allem aus Russland, hängt. Das waren im ersten Halbjahr 2022 über 5 Milliarden. Das heißt, 25 Millionen Euro wurden damals noch täglich an Russland überwiesen. Daran sieht man, in welche Abhängigkeit sich Bayern begeben hat. Schleswig-Holstein liegt in Bezug auf die erneuerbaren Energien beim Stromverbrauch bei 150 %. Auch Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und viele weitere Bundesländer sind weit vorne.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Weil sie Geld aus Bayern kriegen!)

Bayern krebst bei 45 bis 50 % rum. Die CSU ist ein Standortnachteil für die Wirtschaft in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stümpfig. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Kollege Benno Zierer von den FREI-EN WÄHLERN.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor ziemlich genau sieben Monaten habe ich bei der Ersten Lesung davon gesprochen, dass dieses Gesetz eher ein Prüfungs- und Berichtsgesetz wäre als ein echtes Klimaschutzgesetz.

(Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Es ist vor allem eines. Was bringt uns das? – Mehr Bürokratie. An dieser Einschätzung hat sich nach den Beratungen im Ausschuss nichts geändert, genauso wenig wie an unserer Ablehnung des Gesetzentwurfs. Der Entwurf besteht in erster Linie aus Vorgaben des Bundes-Klimaschutzgesetzes und Punkten, die im Zuge der Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes ohnehin vorgeschrieben sind.

Die soziale Komponente ist ein Feigenblatt. Sie erschöpft sich in einer allgemeinen Pflicht, Ungleichheiten in Zusammenhang mit klimapolitischen Maßnahmen zu prüfen und gegenzusteuern, um die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Bayern zu sichern. Dies ist nach der Bayerischen Verfassung ohnehin Aufgabe der Staatsregierung und muss in einem Klimaschutzgesetz nicht extra geregelt werden.

Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der mich auch in der Diskussion um das neue Bayerische Klimaschutzgesetz irritiert hat und der sich auch in diesem Entwurf findet. Ich kann die Kritik nicht nachvollziehen, dass der Freistaat die Kreise, Städte und Gemeinden beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung quasi im Regen stehen lässt.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, fordern ja in Ihrem Entwurf auch, dass Klimaschutz eine besondere Pflichtaufgabe der Kommunen werden soll. Das ist sie längst. Doch dann machen Sie es sehr einfach. Zu den Kosten, die durch diesen Konnexitätsfall ausgelöst würden, machen Sie überhaupt keine Aussage. Natürlich gibt es Kommunen, die beim Klimaschutz und bei der Umsetzung von Anpassungsstrategien Unterstützung brauchen. Dafür sorgt der Freistaat auch. Dafür sorgen die Regierungsfractionen. Klimaschutzgesetze und Mobilitätsprogramme werden mit bis zu 90 % gefördert. Es braucht auch keine Verpflichtung für alle Kommunen, diese Konzepte zu erstellen. Sie machen es sowieso. Jede Kommune, die Verantwortung zeigt – und das tun unsere Kommunen –, macht es.

Das Förderprogramm für kommunale Energiekonzepte ist 2021 ausgeweitet worden. In der Dorf- und Gemeindeentwicklung wird besonderes Engagement für Klimaschutz mit einem Förderbonus belohnt. Energieagenturen werden gefördert. Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz bietet einen Klima-Check an. Die kommunalen Netzwerke, die im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung gefördert werden, setzen einen Schwerpunkt auf Klimaschutz, Anpassungsstrategien und nachhaltige Mobilität. Dazu werden auch konkrete Maßnahmen gefördert, wie die energetische Optimierung von Kläranlagen oder Demonstrations- und Pilotvorhaben zum Klimaschutz. Unsere Kommunen sind echte Klimaschutzwerkstätten. Sie sind mit starker staatlicher Unterstützung gut aufgestellt. Aber wir können immer noch mehr machen, und das wird auch die Zukunft so bringen. Aber wir lassen Sie unsere Arbeit nicht schlechtreden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zierer. Es liegen keine Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Damit ist der nächste Redner Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion. Herr Professor, bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bayern! Ich begrüße Sie ganz herzlich, allerdings zu einem sehr unerfreulichen Anlass. Wir haben hier einen Gesetzentwurf der SPD vorliegen zu einem – in Anführungsstrichen – "sozialen" Klimaschutzgesetz. Eines möchte ich vorwegschicken: Was hier propagiert wird, das ist eine gigantische Mehrbelastung der Bevölkerung in Bayern. Ich will das darlegen.

Sie alle kennen die Situation. Wir haben im Moment eine Wirtschaft, die nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland am Boden liegt. Das betrifft die Bürger. Es gibt eine Insolvenzwelle, die durch unser Land rollt. Betriebe machen dicht. Mittelständler machen dicht. Die Inflation galoppiert uns davon. Wir haben jetzt schon 10 %. Kein Mensch weiß, wie das am Ende des Jahres oder im nächsten Jahr weitergehen wird. Das Volk hat Angst vorm Frieren im nächsten Winter. Der Blackout droht, und Sie, liebe SPD, haben nichts anderes zu tun, als hier ein Paket zu fordern, mit dem die Menschen noch weiter geschöpft werden. Es kann Ihnen nicht schnell genug gehen.

Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel, was Ihre Ampelkoalition schon im Bund angestellt hat. 200 Milliarden Euro haben Sie für Ihren Sonderweg zur Rettung des Weltklimas propagiert, allein 90 Milliarden davon sollen sozusagen für den Transformationsfonds Klima bereitstehen. Die Umverteilung, die Sie hier in der deutschen Gesellschaft vorhaben, ist in Wirklichkeit eine Enteignung der Bürger; es sind in Wirklichkeit horrenden Kosten, die auf uns alle zukommen, statt einer Entlastung und statt einer Energiesicherheit; denn Energiesicherheit wäre genau das Signal, das wir jetzt bräuchten, wo die Menschen zum ersten Mal seit – ich will sagen – über sechzig Jahren nicht mehr wissen, ob sie in diesem Winter mal wieder frieren müssen. Sie setzen genau das falsche Signal. Die Bürger werden verarmen. Die Existenz ist bedroht. Die Gesellschaft ächzt.

Aber – ich zitiere hier mal aus Ihrem Gesetzentwurf – die Erreichung der Klimaneutralität kostet Staat, Wirtschaft und – hören Sie zu! – Privatpersonen enorme finanzielle Summen, die – man höre und staune! – im Vorfeld nicht bezifferbar sind. – Ja, meine SPD, wie erklären Sie denn das den Menschen – Herr Brunn hört jetzt zwar nicht zu, aber er weiß ja auch ganz genau, dass das alles nicht umsetzbar ist –, dass sie von denen noch mehr Geld haben wollen? Auf der anderen Seite schreiben Sie in Ihrem Entwurf, dass es die Leute mit kleinen und mittleren Einkommen nicht trifft. Ein Widerspruch. Natürlich wird es diese Menschen treffen.

Ich sage Ihnen eines: Ihr Klimakrisenzug ist ja etwas ins Stocken geraten. Er sollte ja schon vor zwei Jahren richtig in Fahrt kommen. Da kam dann erst mal die Corona-Krise dazwischen. Dann hat man sehr, sehr viel Geld – auch hier im Hohen Haus – für diese Corona-Krise ausgegeben. Da war kein Geld für Ihr ideologisches Klimaprojekt da. Dann kam Anfang dieses Jahres der Ukraine-Krieg dazu, und auch dieser Krieg kostet uns Deutsche, uns Bayern sehr, sehr, sehr viel Geld. Jetzt, wo die Schuldenhaushalte eh jeden Tag steigen, wo die Leute immer weniger Geld in der Tasche haben, wo die Preise immer weiter in die Höhe schießen, wollen Sie trotzdem Ihr Klimaprojekt immer noch weiter durchziehen. Mich erinnert das alles – das sage ich Ihnen ganz ehrlich – an eine Art Sektencharakter, an eine Art religiösen Kult: Klima, Klima über alles!

Sie haben gar nicht registriert, was in den letzten zwei Jahren hier passiert ist. Sie haben gar nicht mehr den Draht zu der Bevölkerung, die schon ihre Kühlschränke ausschaltet, die ihre Eisschränke abfriert, die ihre Lichter ausschaltet.

(Florian von Brunn (SPD): Immer noch besser, als das Hirn ausschalten!)

Also wenn das so weitergeht, dann wird das ein ganz dunkles Deutschland, ein ganz dunkles Bayern.

Meine Damen und Herren, das folgende Bild könnte symptomatisch sein. Deutschland, Bayern ist wie eine sinkende Titanic, die von der Post-Schröder-SPD gelenkt

wird und unaufhaltsam auf einen Eisberg zudriftet. Die SPD hat sich mit den feist grinsenden Frontmännern natürlich selbst bereits ins Rettungsboot abgesetzt, gibt aber noch die Anweisung, den Kurs weiter zu halten, bis dann endlich dieses große Schiff versenkt ist oder damit es noch schneller sinken kann. Herr von Brunn, Sie grinsen hierzu. Ich glaube, ich habe Ihre Gedanken hier erraten.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die AfD, meine Damen und Herren, wird in jedem Fall an Bord bleiben. Die AfD wird dieses Land nicht verlassen, auch nicht dann, wenn es schon dem Untergang geweiht ist. Wir werden an Bord bleiben. Wir werden auf der Brücke bleiben. Das kann ich Ihnen sagen, für meine Person sowieso. Wir werden um jede Minute kämpfen, weil jede Minute hier Menschenleben retten kann.

(Florian von Brunn (SPD): Neulich kam er wieder, der Film!)

Aber der Schaden ist nicht nur an Wirtschaft und Mensch, der Schaden ist genauso auch an Natur, Tier und Umwelt zu sehen; denn Ihre Klimaschutzmaßnahmen, die Sie propagieren und die durch Ihre Energiewende hier deutlich werden, schaden der Natur. Es gibt keine andere Form wie die von Ihnen vorhin propagierten Windkraft- und PV-Vorhaben, die so viele Tiere vor unseren Augen zerstören und töten.

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen eines: Die SPD ist nicht sozial, auch nicht, wenn Sie sich hier sozial nennt. Am Ende ist dieser Gesetzentwurf nicht sozial, genauso wenig wie das "S" in SPD für sozial steht. Sozial sind Sie nämlich nur für die Windindustrie, die Lobbyisten, die immer mehr Geld verdienen, und sozial sind Sie leider für China, wohin unsere Produktion abwandert, wo unsere Arbeitsplätze sind, wo schon 44 % der Arbeitsplätze bei neuen Energieformen angesiedelt sind. In Deutschland gibt es immer weniger Arbeitsplätze in Windkraft und PV-Anlagen. Das wandert alles ab! Das Kapital wandert ab. Deshalb wird Ihr Gesetzentwurf das Ganze nur noch verschlimmern. Ich sage Ihnen eines: Wir brauchen keine unsoziale Politik für deutsche Arbeitnehmer, sondern eine wirklich soziale, und wir brauchen Solidarität

für unser Land und nicht für China. Deshalb werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Hahn. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Josef Pschierer – ich verspreche mich jetzt nicht – von der FDP-Fraktion.

(Florian von Brunn (SPD): Da freut er sich!)

Franz Josef Pschierer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr von Brunn, lieber Herr Kollege Stümpfig, ich will jetzt einmal anders anfangen und nicht mit dem Manuskript, das ich vorbereitet hatte, weil mich Ihre Argumentation ein Stück weit fassungslos gemacht hat. Sie stellen sich hier an dieses Pult in diesem Parlament und reden von Klimaschutz. Jetzt will ich Ihnen einmal etwas vorhalten, wenn ich Sie frage: Wo liegt der Ort Keyenberg? – Keyenberg ist eine kleine Gemeinde bei Garzweiler. Dort ketten sich Menschen an Bäume an, dort gibt es Hausbesetzungen, weil sich Menschen dagegen verwahren wollen, dass Braunkohle abgebaut wird. Wenn Ihnen die LEAG AG etwas sagt, das ist eine Aktiengesellschaft in der Lausitz. 60 Millionen Tonnen Braunkohle werden dort jährlich abgebaut.

Sie beide, Grün und Rot, setzen sich auf Berliner Ebene für den Import von Flüssiggas ein. Sie fragen nicht, woher dieses Flüssiggas kommt. Sie fragen auch nicht, unter welchen Bedingungen es abgebaut worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Die FDP ist in dieser Ampelkoalition die einzige Partei, die sowohl, was die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke angeht, als auch in den anderen Punkten klar Position hält.

(Beifall bei der FDP)

Nächster Punkt, Herr Kollege von Brunn; das müssen Sie und Herr Kollege Stümpfig mir einmal erklären:

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Was haben Sie durchgesetzt auf Berliner Ebene?)

Wir bunkern im Moment Steinkohle aus den USA, aus Russland nicht mehr, aus Indonesien, Kolumbien, Kanada und vielen anderen Ländern. Diese Steinkohle, Herr Stümpfig und Herr von Brunn, kommt nicht mit kleinen Bötchen zu uns, sie kommt mit schweren Tankern zu uns, die mit Schweröl betrieben werden. Sie sind gegen die Laufzeitverlängerung von Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

und wenn Sie uns einen Gefallen tun wollen, was das Thema Klimaschutz angeht, dann hören Sie mit Ihren Worthülsen von Streckbetrieb auf, sondern setzen Sie sich ein für eine befristete Laufzeitverlängerung dieser drei am Netz befindlichen Kernkraftwerke!

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Ihnen sogar noch versprechen: Greta Thunberg haben Sie dann wieder zur Freundin.

So, jetzt zum eigentlichen Punkt, zu Ihrem Gesetzentwurf: Er ist weder sozial noch hilft er dem Klima etwas. Herr von Brunn, Sie sollten wissen, dass Sektorziele auf Länderebene keine gesetzliche Grundlage haben und dass es ein Pariser Abkommen gibt, wo das Thema Mindestreduzierung angesprochen wird, was Treibhausgas-Emissionen angeht. Dort ist kein Platz für länderspezifische Regelungen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, jetzt stellen wir uns einmal einen mittelständischen Betrieb in Bayern vor, der Niederlassungen in anderen Bundesländern hat, und jedes Bundesland hat eigene Sektorziele. Wie soll denn das funktionieren? – Es kann nicht

funktionieren, Herr von Brunn und Herr Stümpfig. Das ist eine Angelegenheit, die in Brüssel und in Berlin geregelt wird, und wenn Sie etwas tun wollen, dann gehen Sie zu Herrn Scholz und zu Frau von der Leyen, aber hier ist der falsche Ort, um diese Punkte durchzusetzen. Wir haben ein bewährtes System, was den europäischen Emissionshandel angeht. Wir haben klare Ziele, was die Klimaneutralität bis 2050 angeht. Darauf stellen sich Unternehmen ein. Sie investieren entsprechend, und jetzt kommen Sie mit länderspezifischen Regelungen. Das ist nicht machbar!

(Beifall bei der FDP)

Übrigens muss ich leider sagen, Sie und die Staatsregierung haben ja zurzeit einen Überbietungswettbewerb. Jetzt muss ich Sie allerdings enttäuschen – ein bisschen kenne ich das System hier noch –: Für Maximalforderungen aus Bayern ist eigentlich nicht die Opposition zuständig, sondern das ist ausschließlich immer das Privileg der Staatsregierung gewesen. Das heißt, Sie wollen bis 2030 um 70 % reduzieren. Die Staatsregierung will das bis 2040 tun. Ich hätte dann nur gerne einmal eine Antwort von der Staatsregierung auf die Frage, wie das geschafft werden soll.

In diesem Hohen Haus wird ja gern über Transformation gesprochen. Ich kann Sie beruhigen, ich mache viele Firmenbesuche. Diese Firmen brauchen uns nicht für die Transformation bei Industrie 4.0, bei Digitalisierung. Das können sie, und das tun sie auch schon. Herr Mehring, das ist in Schwaben so wie in vielen anderen Regionen. Aber der kleine Mittelständler, vom Bäckermeister bis zum Metzgermeister, zum Installateur und zum Maschinenbauer, braucht unsere Hilfe bei der Transformation seiner Energieversorgung! Lassen Sie uns hier einmal Gedanken darüber machen, ob unsere Förderprogramme LfA und KfW noch stimmen, um diese Transformation hinzubekommen. Das wäre eine Aufgabe, die wir gemeinsam stemmen müssen!

(Beifall bei der FDP)

Zum Abschluss in aller Kürze:

(Zurufe: Zeit!)

Lernen Sie endlich einmal, dass Wirtschaftswachstum und Klimaschutz zwei Seiten der gleichen Medaille sind! Lernen Sie als Zweites, dass es nicht mit Verboten geht, sondern mit Energie, und zwar mit Tatkraft, mit neuen Ideen und mit Technologieoffenheit. Helfen Sie den Firmen bei der Transformation. Schaffen Sie Anreize!

Herr von Brunn, Ihnen empfehle ich gelegentlich wieder einmal einen Besuch beim Gewerkschaftsbund und bei der IG Metall oder einen Firmenbesuch. In diesem Haus wollen all die Damen und Herren dort drüben Dekarbonisierung, aber ich möchte niemals Verantwortung dafür tragen, dass Dekarbonisierung in diesem Land zur Deindustrialisierung führt!

(Beifall bei der FDP)

Bayern ist wie kein anderes Bundesland Industriestandort, und zwar in allen Regionen, in allen sieben Regierungsbezirken. Gehen Sie einmal in Oberfranken in die Glasindustrie, fragen Sie bei der Zementindustrie nach, bei Alu, Stahl und bei vielen anderen: Sie haben Angst! Die nächsten Investitionen in einen energieintensiven Betrieb werden nicht mehr hier stattfinden, sondern sie werden andernorts stattfinden.

(Zurufe: Zeit!)

Deshalb lassen wir uns nicht von Ihnen beeinflussen. Wir werden diesen Gesetzentwurf ablehnen. Es gibt ein funktionierendes europäisches Emissionshandelssystem, das trägt. Never change a running system! Deshalb werden wir diesen Gesetzentwurf vonseiten der FDP ablehnen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pschierer. – Die nächste Wortmeldung hat – Moment, Zwischenbemerkungen liegen vor. Herr Abgeordneter von Brunn, Sie haben die erste.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Pschierer, ich will die Gelegenheit nutzen, Sie erst einmal herzlich in der Ampel willkommen zu heißen!

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich verstehe natürlich, dass Sie in der kurzen Zeit

(Franz Josef Pschierer (FDP): Man kann sich seine Freunde nicht immer aussuchen!)

noch nicht dazu gekommen sind, den Koalitionsvertrag zu lesen, in dem der Ausstieg aus der Kohle 2030 steht, in dem Gas als Brückentechnologie steht und in dem alle unsere Maßnahmen stehen. Das ist ja gemeinschaftlich beschlossen worden. Wenn Sie noch ein bisschen Zeit übrighaben, lesen Sie einmal den letzten Kommentar von Bernd Ulrich in der "ZEIT" zur FDP und zu der Frage, was vielleicht das Problem sein könnte. Ich kann nur sagen: Die Wirtschaft möchte, dass wir die erneuerbaren Energien ausbauen, so auch Herr Essers in unserer Expertenanhörung im Landtag. Sie brauchen Windkraft, sie brauchen Photovoltaik, sie brauchen Stromleitungen. Genau dafür stehen wir, deswegen treten wir für die Energiewende ein, weil wir wollen, dass die bayerische Industrie und Wirtschaft eine Zukunft in Bayern haben.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Kollege Pschierer.

Franz Josef Pschierer (FDP): Herr Kollege von Brunn, natürlich habe ich diesen Koalitionsvertrag auch mit Interesse gelesen. Was Sie zum Kohleausstieg sagen, trifft meiner Meinung nach nicht den konkreten Inhalt des Koalitionsvertrages. Was mir aber wichtig ist: Sie plädieren immer für den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Da will ich Ihnen gar nicht widersprechen. Da gehört aber noch etwas anderes dazu, und da haben wir alle in diesem Hohen Haus auch Fehler gemacht. Es ist nicht verkehrt, wenn Politiker auch sagen: Da sind uns Fehler passiert, auch in der Sprache. – Ich komme aus einer Fraktion, und dazu bekenne ich mich auch, die beim Thema Windkraftausbau sehr schnell das Wort Verspargelung in den Mund genommen hat.

Das hat sicherlich auch dazu geführt, dass das Thema ein Stück weit verbrannt war. Auf der anderen Seite kämpfen wir seit acht Jahren dafür, dass der Netzausbau beschleunigt wird.

(Lachen und Unruhe)

– Nein, diese Staatsregierung – Herr Mehring, hören Sie einfach zu; denn das geht genau in Ihre Richtung. Die FREIEN WÄHLER sitzen seit 2018 im Wirtschaftsministerium. Seit 2018 rennen Sie landauf und landab und erzählen den Menschen immer noch, dass eine Leitung, die man in den Boden vergräbt, eine Monstertrasse ist. Entschuldigung, wir regeln oben –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Zeit ist zu Ende.

Franz Josef Pschierer (FDP): Wir regeln oben an der Nordsee die Windkraftanlagen ab, –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Pschierer, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Josef Pschierer (FDP): – weil wir die Netzinfrastruktur nicht haben.

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Pschierer, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Josef Pschierer (FDP): So, also: Weil wir die Netzinfrastruktur nicht haben – –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Pschierer, Ihre Redezeit ist zu Ende!

(Unruhe)

Franz Josef Pschierer (FDP): Ganz ruhig.

(Unruhe)

Herr von Brunn sagt, wir bauen zügig – –

(Anhaltende Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Pschierer, ich bitte, die Rede zu beenden. Sie sind bereits eine Minute darüber.

Franz Josef Pschierer (FDP): Ja, okay. Antwort – Schluss: Herr Kollege, Netzausbau ist entscheidend!

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, ich bitte aber, am Rednerpult zu bleiben, weil es eine weitere Zwischenbemerkung gibt, und zwar von Frau Abgeordneter Franke von den GRÜNEN. Bitte schön.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Pschierer, nachdem Sie sich so für die Verlängerung der Atomkraft eingesetzt haben und sich immer noch dafür einsetzen, muss ich Sie jetzt schon einmal fragen: Wir alle haben jetzt noch einmal festgestellt, dass wir die erneuerbaren Energien ausbauen wollen. Sie haben aber offenbar nicht verstanden oder verstehen es immer noch nicht, dass Atomkraft die erneuerbaren Energien behindert. Atomstrom erzeugt eine Grundlast im Netz und kickt damit immer wieder die Erneuerbaren aus dem Netz. Das haben wir jetzt schon fast jahrzehntelang erlebt. Das wollen Sie jetzt weiter so machen. Sie wollen wieder den Erneuerbaren Steine in den Weg legen. Das also ist Ihre tolle Wirtschaftspolitik?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Kolleginnen und Kollegen, im Augenblick ist die Geräuschkulisse hier im Raum zu hoch. Ich bitte, etwas ruhiger zu werden, dann verstehen wir uns zumindest akustisch gegenseitig etwas besser. – Bitte schön, Herr Abgeordneter Pschierer.

Franz Josef Pschierer (FDP): Frau Kollegin, ich kenne niemanden, der in Deutschland, was den weiteren Ausbau der Kernenergie angeht, zurückgehen will. Diese Messe ist gelesen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

– Entschuldigung, die Messe ist gelesen. Sie wissen, was Genehmigungsverfahren, atomrechtliche Genehmigung und all das bedeuten. Aber es ist doch verrückt, im Moment Gas zu nehmen, Steinkohle und Braunkohle, um sie zu verfeuern, um daraus Strom zu machen. Das ist doch pervers!

Und der zweite Punkt, was den Ausbau der Erneuerbaren angeht: Der Wirtschaftsminister hat Ziele vorgegeben. Jetzt frage ich Sie: Wie lange dauern das Genehmigungsverfahren und die Errichtung einer Windkraftanlage? – Bis heute haben Sie alle es nicht geschafft, den Netzausbau zu beschleunigen. Sie werden es nicht ohne eine Verlängerung der am Netz bestehenden Kernkraftwerke schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb, springen Sie über Ihren ideologischen Schatten!

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pschierer. – Damit kommen wir zum nächsten Redner, und das ist Herr Kollege Swoboda. Bitte schön.

(Unruhe)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Die SPD nennt ihr Klimaschutzgesetz sozial. Ich habe bisher in der schwarz-gelb-grünen und jetzt auch in der roten Energiewendepolitik der selbstgefällig-demokratischen Parlamentsparteien hier in Bayern nichts Soziales entdecken können, wohl aber Scharlatanerie. Sie alle wollen dem Bürger nahe sein? – Schön. Und dann setzen Sie allen Bürgern ganz

nahe Windräder vor die Haustüre? – Ansonsten gab es für die Staatsbürgerrechtsdeutschen nur noch das Joch der höchsten Kosten für Strom, Sprit und Heizung sowie höchste Teuerung für Lebensmittel und Bedarfsgüter.

Das ist auch in diesem bayerischen SPD-Klimaschutzgesetz indirekt erkennbar. Das 9-Euro-Ticket, die Gas-Kopfpauschalen und die EEG-Umlagen kann man wohl eher als asoziale Wumms-Politik verstehen. Im Grunde genommen geht es Ihnen von der SPD doch um die Umverteilung der Lasten aus Ihren Klimamaßnahmegesetzen. Sie wollen die Reichen schröpfen, das ist doch ganz klar. Kleine und mittlere Einkommen, so steht es auch in Ihrer Begründung, sind vom Klimaschutz ausgenommen; denn die gelten ja schon als arm. Der fortschreitenden Deindustrialisierung und den massiven Wohlstandsverlusten will die SPD mit einem scheinsozialen und naiven Flatterstrom aus Wind und Sonne begegnen, ohne bereits über die dafür zwingend notwendigen Ressourcen zu verfügen. Das ist Selbstbetrug; denn zeitgleich verzichten Sie auf die klimafreundlichen Kernkraftwerke. Die der neuen Generation sind sogar sicherheitsfreundlich. Sie lehnen eine gesicherte Erdgasversorgung ab. Das ist vorsätzliche Mordpolitik an der bundesrepublikanischen Wirtschaft und ruiniert den Mittelstand. Im Einzelnen will die SPD die 10-H-Regelung weghaben, und sie will die Solarpflicht für die gewerblichen Neubauten. Sie will auch, und vielleicht ist das sogar berechtigt, die Einsetzung eines Klimakontrollrates für die Bayerische Staatsregierung. Letzten Endes drischt sie Phrasen wie immer und schleimt soziale Phrasen für die kleinen Leute. Entlarvend ist die Umbenennung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft in eine Bayerische Mobilitätsgesellschaft zur Förderung der Verkehrswende. Verkehrswende, das ist so eine Maßnahme. Daran sieht man, es geht erkennbar nicht um sozialen Klimaschutz, sondern es geht um die Durchsetzung von einer Irrtumsklimaideologie. Auch augenfällig, es geht um die Gewinnmaximierung Ihrer rot-grünen Energielobby und der US-amerikanischen Schmutzgaslieferanten. Die SPD setzt sich mit diesem Gesetz über physikalische Grundlagen –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): – ich komme zum Ende –, über wirtschaftliche Zusammenhänge, über das reale soziale Leben usw. hinweg. Glauben Sie wirklich, dass Sie vor diesem Hintergrund, der heute hier diskutiert wurde, das Klima der Welt retten? – Ich meine, im Jahr 2040 ist Bayern industriell am Boden

(Zuruf: Redezeit!)

und pleite. Und Sie sind alle miteinander dabei. Wenn es das ist, was die SPD will – –

(Unruhe – Zuruf: Sie nicht!)

– Da haben Sie recht, ich nicht mehr. Sie werden es noch bedauern, und die Bürger Bayerns auch.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter Swoboda. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Alexander Flierl von der CSU-Fraktion. Herr Kollege Flierl, Sie haben das Wort.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind der festen Überzeugung, dass der vorliegende Gesetzentwurf nicht zielführend ist, dass er nicht das gewünschte Ziel erreichen wird. Aber wenn die Debatte heute für eines hilfreich war, dann dafür, dass sie sehr aufschlussreich war über den inneren Zustand dieser Bundesregierung, der links-gelben Regierung in Berlin,

(Florian von Brunn (SPD): Oder über den Zustand der CSU!)

die gern große Themen anspricht und verspricht, aber nichts umsetzt. Wenn ich den Ausführungen der FDP hier folgen kann, dann kann ich nur ganz klar sagen: Jawohl, wir brauchen Energiesicherheit, wir brauchen die erforderliche Transformation der Wirtschaft. Wir brauchen aber auch die Bezahlbarkeit der Energie für die Bürgerinnen und Bürger. Ich muss aber ganz klar feststellen: Hierzu gibt es auf Bundesebene eine klare Fehlanzeige. Hier wird nichts umgesetzt. Diese Ampel-Regierung bekommt rein gar nichts auf die Reihe.

(Beifall bei der CSU)

Es überrascht mich auch etwas, wenn ich diese Worte aus dem Mund der FDP höre; denn die FDP ist in der Verantwortung. Guten Morgen, Sie tragen Verantwortung für dieses Land, und die müssen Sie auch wahrnehmen!

(Beifall bei der CSU)

Wie immer bei allen Debatten auf Bundesebene treten Sie als großer, starker Tiger auf, brüllen und teilen Ihre Meinung mit, doch dann enden Sie sehr schnell als Bettvorleger von Rot-Grün und knicken entsprechend ein.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Ich sage Ihnen klipp und klar: Unser Handwerk, unser Mittelstand und unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen verlässliche Fürsprecher für ihre Anliegen, für die Nöte, die sie haben, und brauchen ganz sicher keine Dampfplauderer von der FDP.

Aber kommen wir zurück zu dem vorliegenden Gesetzentwurf der SPD. Ein großer Titel, ein Gesetzentwurf zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in Bayern – großer Titel, nichts dahinter. Dem Anspruch, den die SPD in ihr Gesetz legen will, wird sie auf keinen Fall gerecht. Zum einen ist die Mehrzahl der im Entwurf genannten Regelungen eigentlich schon in unserem Klimaschutzgesetz enthalten, das wir bereits vorgelegt haben: Klimaschutzprogramm, Klimaanpassungsstrategie, Klimarat, Vorbildfunktion des Freistaats. Dies ist eine Wiederholung; deswegen brauchen wir Ihren Gesetzentwurf nicht.

Andere Regelungen werden einfach aus dem Bundesrecht übernommen, und da sind wir wieder bei diesen Sektorzielen. Wir besitzen hierfür keine Regelungszuständigkeit. Festlegungen bringen hier nichts, weil Klimaschutzziele auf EU-Ebene und auf Bundesebene verankert werden, international in Verträgen fixiert werden, wofür die Bundesrepublik verantwortlich ist. Bestimmte Sektoren wie der Energie- und der Industriesektor unterliegen sowieso dem europäischen Emissionshandel und sind daher

einer Regelung auf Landesebene gar nicht zugänglich. Deswegen sind derartige Regelungen obsolet.

Ich sage auch klipp und klar: Mit der vorliegenden Formulierung einer Klimaschutzprüfung, wenn wir alle anderen Gesetzesvorhaben, alle anderen parlamentarischen Initiativen allein dem Klimaschutz unterordnen würden, würden wir uns viel zu sehr beschneiden, gerade wenn es darum geht, soziale Ausgewogenheit herzustellen, damit Energie für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin bezahlbar bleibt. Aber Sie setzen genau auf dies, wollen alles andere dem Klimaschutz unterordnen. Sie stehen ganz klar für gesetzliche Vorgaben, gesetzliche Verbote und Zwang. Dies ist nicht die Politik, die wir betreiben wollen. Das halten wir nicht für richtig.

Nach dem großen Titel fragt man nach der sozialen Komponente in Ihrem Gesetzentwurf. Wo ist diese denn eigentlich enthalten? – Sie nehmen eigentlich nur eine allgemeine Pflicht auf, Ungleichheiten in Zusammenhang mit klimapolitischen Maßnahmen zu prüfen und gegenzusteuern. Man müsse überlegen, wie vorzugehen ist, damit Ungleichheiten nicht auftreten können, um die Gleichwertigkeit aller Lebensbereiche in Bayern zu sichern. Das haben wir sowieso als Verfassungsauftrag; das brauchen wir nicht extra in diesem Gesetz zu fixieren. Deswegen ist das unnötig. Wenn das aber der einzige Ansatz ist, wie Sie soziale Ausgewogenheit sicherstellen wollen, ist das äußerst dürftig und wird Ihren eigenen Ansprüchen, die Sie stellen, nicht gerecht.

Genauso auch die Frage: Wenn wir den Klimaschutz zur besonderen Pflichtaufgabe der Kommunen machen – darüber kann man diskutieren –, dann müssen wir aber auch das Konnexitätsprinzip eins zu eins einhalten. Wir setzen hier eher auf Förderprogramme.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist der falsche Weg!)

Wir setzen hier zum Beispiel auf einen stark ausgebauten und stark ausgeprägten kommunalen Finanzausgleich mit hohen Schlüsselzuweisungen. Wir geben neben unseren Förderprogrammen den Kommunen die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wel-

che Schwerpunkte sie mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln setzen. In diesem Zusammenhang darf ich auch darauf verweisen, dass der Oberbürgermeister von Erlangen, Herr Janik, der bekannterweise nicht meiner Partei angehört, in dieser Frage den kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Bayern stark gelobt und darauf hingewiesen hat, dass wir hier schon immense Mittel erbringen,

(Florian von Brunn (SPD): Aber er hat die Pflichtaufgabe gefordert!)

mit denen gerade die Aufgaben im Klimaschutz angegangen und gelöst werden können.

Ein weiterer, der sechste Punkt, warum Ihr Gesetzentwurf den eigenen Ansprüchen nicht gerecht wird, ist die Frage nach dem ÖPNV. Nur das Türschild auszuwechseln, von "Bayerische Eisenbahngesellschaft" in "Bayerische Mobilitätsgesellschaft", ist dürftig und eindeutig zu wenig, und es gibt keine Antworten auf die Fragen der zukünftigen Mobilität im ländlichen Raum. Natürlich werden wir den ÖPNV verstärken.

(Florian von Brunn (SPD): Wo machen Sie das denn?)

– Natürlich stärken wir ihn auch. Das ist unser erklärtes Ziel, dass wir die Verkehrsverbünde stärken. Das 365-Euro-Ticket ist weiterhin unser Ziel, mit entsprechender Unterstützung,

(Ruth Müller (SPD): Ja, ja, ja! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

die aber vom Bund zu erbringen ist. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber nichtsdestoweniger werden wir auch Lösungen für die Individualmobilität

(Zurufe von den GRÜNEN)

finden müssen, gerade wenn es darum geht, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sicherzustellen.

Wir sind der klaren und festen Überzeugung, dass unser Ansatz der richtige ist, wir mit unserem Klimaschutzgesetz den richtigen Weg gehen, indem wir die großen Ziele in das Gesetz packen: die Klimaneutralität Bayerns bis 2040, die Klimaneutralität der Staatsregierung bis zum Ende des nächsten Jahres und die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 65 % bis 2030. Daneben schreiben wir unser Klimaschutzprogramm fort, das mittlerweile 145 Maßnahmen umfasst.

Das ist auch eine der Fehleinschätzungen, denen Sie unterliegen. Man muss nicht alles, was man in einem Programm regeln kann, im Klimaschutzgesetz festschreiben. Wir können wesentlich schneller, besser, effizienter reagieren, wenn wir über diese Maßnahmen hinaus, die sehr weitreichend sind, von der Klimaarchitektur über die erneuerbaren Energien bis zur natürlichen CO₂-Speicherung durch Wälder, Moore und im Wasser, einen Schwerpunkt auf mehr Innovation und Forschung setzen mit Cleantech, Klimaforschung und Green IT. Dies ist der richtige Weg; da braucht sich Bayern auch nicht zu verstecken.

Herr Stümpfig, ich empfehle Ihnen, dass Sie einmal die Auskünfte der Bundesregierung, auch aus dem von den GRÜNEN geführten Wirtschaftsministerium zur Kenntnis nehmen. Darin wird angegeben, dass der Freistaat Bayern der größte Stromproduzent bei den erneuerbaren Energien ist.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Selbstverständlich! Schauen Sie doch nach, dann werden Sie feststellen, dass wir der größte Stromproduzent bei den erneuerbaren Energien sind,

(Zurufe von den GRÜNEN)

weit vor Niedersachsen, und dass wir Maßstäbe beim Zubau setzen. Dies tun wir in allen Bereichen, nicht nur rein selektiv bei der Windkraft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir tun dies auch bei der Photovoltaik, bei der Geothermie und selbstverständlich auch bei der Wasserkraft.

Unser Weg ist der richtige; diesen Weg werden wir fortsetzen. Wir werden uns weiterhin für mehr Tempo beim Klimaschutz einsetzen. Ihr Gesetzentwurf führt uns da nicht weiter; deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Flierl. – Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor: die erste von Frau Kollegin Julika Sandt, FDP.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege Flierl, Sie haben vorhin etwas von Dampfplauderei gefaselt. Ist es nicht Dampfplauderei, wenn 2011 der Ministerpräsident Horst Seehofer sagt: Wenn du etwas nicht ändern kannst bei der Atomkraft, dann setze dich an die Spitze der Bewegung, er an der Spitze der Bewegung der Atomkraftgegner stand, Trassenausbau gefordert hat und dann, als die Demos gegen den Trassenausbau kamen, sich an der Spitze der Bewegung der Trassengegner gesetzt hat? Markus Söder hat sein Amt als Umweltminister infrage gestellt, wenn wir nicht bis 2022 aus der Atomenergie ausgestiegen sind. Können wir dann im nächsten Jahr mit seinem Rücktritt als Ministerpräsident rechnen, wenn wir bis dahin nicht ausgestiegen sind? Wie sieht es damit aus?

Wir Liberale haben uns immer dafür ausgesprochen, erneuerbare Energien auszubauen, gleichzeitig aber nicht auszusteigen, solange wir den Strombedarf nicht anderweitig decken können. Dazu haben wir eine klare Haltung.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Flierl, bitte.

Alexander Flierl (CSU): Herr Präsident! Frau Kollegin Sandt, ich muss schon wieder feststellen – wie üblich –, dass die FDP ein äußerst kurzes Gedächtnis hat. Sie waren damals in Bayern nämlich mit in der Verantwortung, als wir klipp und klar die Ziele zum Ausstieg aus der Atomkraft festgelegt haben.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Aufgrund einer neuen Lage müssen wir jetzt eine neue Beurteilung durchführen. Da dies zwingend erforderlich ist, gerade im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, gerade auch im Interesse der Energiesicherheit, ist Ihr Vorwurf ganz klar zurückzuweisen. Wir brauchen ein Weiterlaufen der verbliebenen Atomkraftwerke, und wir brauchen eine entsprechende Verlässlichkeit, und da kann ich auch nicht auf- und zudrehen, wie ich mag. Unser Weg ist hier vielmehr der richtige, der im Übrigen auch genau von Ihrem Parteivorsitzenden für notwendig gehalten wird. Er kann sich aber leider nicht entscheiden, und er kann sich leider wohl auch in der Bundesregierung nicht durchsetzen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine zweite Zwischenbemerkung vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Flierl, ich will ein paar von Ihren falschen Aussagen richtigstellen.

(Zurufe)

Das Erste ist: Lange, bevor es überhaupt ein Klimaschutzgesetz, das CSU und FREIE WÄHLER verabschiedet haben, gab – irgendwann im Jahr 2020 ist es in Kraft getreten –, haben SPD und GRÜNE schon längst Klimaschutzgesetze hier in den Landtag eingebracht. Wenn jemand abgeschrieben hat, dann waren Sie es. Sie haben aus unseren Klimaschutzgesetzen abgeschrieben.

(Beifall – Zurufe: Oh!)

Der zweite Punkt ist: Wenn man über konkrete Maßnahmen redet, dann muss man das auch an konkreten Zahlen messen. Niedersachsen mit Stephan Weil hat im letzten Jahr 104 neue Windräder gebaut, Bayern 8, keine einzige Genehmigung. – Mehr muss man dazu nicht sagen.

Im Übrigen: Bisher wurde kein Nachfolgeticket für das 9-Euro-Ticket und kaum zusätzliches Geld für den ÖPNV von Ihnen auf den Weg gebracht,

(Zurufe)

Bahnstreckenreaktivierungen bleiben liegen, landkreisübergreifende Expressbuslinien lassen auf sich warten. Natürlich müssen wir etwas in der Verkehrspolitik machen, aber Sie machen es ganz offensichtlich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Flierl, bitte.

Alexander Flierl (CSU): Ja, Herr Kollege von Brunn, wir haben ein Klimaschutzgesetz vorgelegt, in dem wir uns klar zu unseren Zielen bekannt haben. Auch die Historie mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist Ihnen ja bekannt, deswegen haben wir ein novelliertes Klimaschutzgesetz vorgelegt, in dem wir genau diese Ziele, die wir für richtig, für realistisch erreichbar halten, die aber durchaus ambitioniert sind, festschreiben.

Ich sage es Ihnen aber auch ganz klipp und klar: Wir dürfen bei der Frage der Produktion der erneuerbaren Energien nicht allein auf die Windkraft schauen. Auch hier legen wir entsprechende Anpassungen vor, um einen verträglichen Ausbau, der zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern stattfinden kann, zu bewerkstelligen.

(Zuruf)

Herr Kollege von Brunn, Sie sind ja der Mobilitätsspezialist. Sie stellen gerade auch bei den durchaus zu verurteilenden Angriffen und bei den Sabotageakten bei der Bahn unzulässige Rückschlüsse her, für die Sie sich nicht einmal entschuldigen. Da löschen Sie einfach nur den Tweet.

(Beifall bei der CSU)

Daher sollten Sie sicherlich in der Frage der Mobilität ganz ruhig sein und sollten sich dazu nicht äußern.

(Zurufe)

Was das 9-Euro-Ticket für den Klimaschutz gebracht haben soll, ist die Frage.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Redezeit.

Alexander Flierl (CSU): Wir stehen für eine realistische Nachfolgelösung, die der Bund allerdings finanzieren und für die er Regionalisierungsmittel zur Verfügung stellen muss.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Flierl. – Wir haben noch eine dritte Zwischenbemerkung, und zwar von Frau Kollegin Kerstin Celina, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Lieber Kollege, dass Sie ernsthaft fragen, was das 9-Euro-Ticket für eine Relevanz für das Klima haben soll, ist absurd.

(Zurufe)

52 Millionen Tickets wurden verkauft für grüne, soziale, ökologische Mobilität. Sie haben mit Ihrem Bundesverkehrsminister Scheuer die ökologische Mobilität nicht ein einziges Stückchen vorgebracht. Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag in Bayern mit

den FREIEN WÄHLERN das 365-Euro-Ticket stehen. Es passiert nichts, nichts! Absolut nichts!

Ich frage Sie, warum Sie den Sektor Verkehr auf bayerischer wie auch auf Bundesebene so ausschließen, wenn Sie erneuerbare Energien haben wollen. Da passiert die CO₂-Einsparung. Das ist das, wo Sie vor Ort und auf Bundesebene etwas hätten machen können und machen könnten. Ich finde es absurd, wie Sie hier agieren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alexander Flierl (CSU): Frau Celina, ich kann Ihnen nur in einem Punkt recht geben, dass wir natürlich gerade auch die Frage der Mobilität und der Individualmobilität lösen müssen. Aber ich habe es ja ausgeführt. Wir müssen es gerade im Interesse der Menschen tun, die im ländlichen Raum leben und auch auf Mobilität angewiesen sind,

(Zurufe)

um dort weiterhin leben und arbeiten zu können.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Ich gebe Ihnen auch noch in einem weiteren Punkt recht. Das 9-Euro-Ticket hatte vielleicht den einen Nutzen, dass sich der eine oder andere überlegt hatte, seine Ziele auch mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichen zu können. Aber zu sagen, dass dies an Einsparungen groß etwas gebracht hat, ist absurd.

(Beifall bei der CSU)

Schauen Sie sich doch mal alle Umfragen, die dazu durchgeführt worden sind, an. Die lassen nämlich ganz klar erkennen, dass die Menschen zum Pendeln nicht den ÖPNV genutzt haben, sondern in überwiegender Zahl nur rein im Rahmen ihrer Freizeitmobilität zusätzliche Ziele angesteuert haben.

(Beifall bei der CSU)

Damit hat es nichts gebracht. Deswegen brauchen wir eine vernünftige Lösung mit allen Verkehrsverbänden zusammen, wo wir gerade etwas für die Pendlerinnen und Pendler erreichen können.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Flierl. – Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Wie bereits angekündigt, findet die Abstimmung in namentlicher Form statt. Bitte verwenden Sie hierfür Ihr elektronisches Abstimmgerät. Drei Minuten stehen zur Verfügung. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16:46 bis 16:49 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben?

(Zurufe)

– Ja, dann zackig. 400 Augen schauen auf den Innenminister. Hat es geklappt? – Dann haben alle ihre Stimme abgegeben, und die Abstimmung ist beendet.

Bis zum Vorliegen des Abstimmungsergebnisses fahren wir einstweilen in der Sitzung fort.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:
(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.10.2022 zu Tagesordnungspunkt 4: Gesetzentwurf der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion SPD; zur Förderung eines sozialen Klimaschutzes in Bayern (Bayerisches Soziales Klimaschutzgesetz - BaySozKlimaSchG) (Drucksache 18/21212)

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|---|----|------|---------------|
| Adelt Klaus | | | |
| Adjei Benjamin | X | | |
| Aigner Ilse | | | |
| Aiwanger Hubert | | | |
| Arnold Horst | X | | |
| Atzinger Oskar | | X | |
| Aures Inge | X | | |
| | | | |
| Bachhuber Martin | | X | |
| Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter | | X | |
| Bauer Volker | | X | |
| Baumgärtner Jürgen | | | |
| Prof. Dr. Bausback Winfried | | X | |
| Bayerbach Markus | | X | |
| Becher Johannes | X | | |
| Becker Barbara | | X | |
| Beißwenger Eric | | X | |
| Bergmüller Franz | | X | |
| Blume Markus | | | |
| Böhm Martin | | X | |
| Bozoglu Cemal | X | | |
| Brandl Alfons | | X | |
| Brannekämper Robert | | | |
| Brendel-Fischer Gudrun | | X | |
| von Brunn Florian | X | | |
| Dr. Büchler Markus | | | |
| Busch Michael | | | |
| | | | |
| Celina Kerstin | X | | |
| Dr. Cyron Anne | | | |
| | | | |
| Deisenhofer Maximilian | | | |
| Demirel Gülseren | | | |
| Dorow Alex | | | |
| Dremel Holger | | X | |
| Dünkel Norbert | | X | |
| Duin Albert | | | |
| | | | |
| Ebner-Steiner Katrin | | X | |
| Eck Gerhard | | | |
| Eibl Manfred | | X | |
| Dr. Eiling-Hütig Ute | | X | |
| Eisenreich Georg | | | |
| Enders Susann | | X | |
| Enghuber Matthias | | X | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|-------------------------------|----|------|---------------|
| | | | |
| Fackler Wolfgang | | X | |
| Dr. Faltermeier Hubert | | X | |
| Fehlner Martina | | | |
| Fischbach Matthias | | X | |
| Flierl Alexander | | X | |
| Flisek Christian | X | | |
| Franke Anne | X | | |
| Freller Karl | | X | |
| Friedl Hans | | X | |
| Friedl Patrick | X | | |
| Fuchs Barbara | X | | |
| Füracker Albert | | | |
| | | | |
| Gehring Thomas | X | | |
| Gerlach Judith | | | |
| Gibis Max | | | |
| Glauber Thorsten | | X | |
| Gotthardt Tobias | | | |
| Gottstein Eva | | X | |
| Graupner Richard | | | |
| Grob Alfred | | X | |
| Güller Harald | X | | |
| Guttenberger Petra | | X | |
| | | | |
| Häusler Johann | | X | |
| Hagen Martin | | X | |
| Prof. Dr. Hahn Ingo | | X | |
| Halbleib Volkmar | X | | |
| Hartmann Ludwig | X | | |
| Hauber Wolfgang | | X | |
| Haubrich Christina | X | | |
| Hayn Elmar | X | | |
| Henkel Uli | | X | |
| Herold Hans | | | |
| Dr. Herrmann Florian | | X | |
| Herrmann Joachim | | X | |
| Dr. Herz Leopold | | X | |
| Dr. Heubisch Wolfgang | | X | |
| Hierneis Christian | X | | |
| Hiersemann Alexandra | X | | |
| Hintersberger Johannes | | | |
| Högl Petra | | X | |
| Hofmann Michael | | X | |
| Hold Alexander | | X | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|----------------------------------|----|------|------------------|
| Holetschek Klaus | | X | |
| Dr. Hopp Gerhard | | X | |
| Dr. Huber Martin | | | |
| Huber Thomas | | X | |
| Huml Melanie | | | |
| Jäckel Andreas | | X | |
| Dr. Kaltenhauser Helmut | | X | |
| Kaniber Michaela | | | |
| Karl Annette | | | |
| Kirchner Sandro | | X | |
| Klingen Christian | | X | |
| Knoblach Paul | X | | |
| Köhler Claudia | X | | |
| König Alexander | | X | |
| Körber Sebastian | | | |
| Kohler Jochen | | X | |
| Kohnen Natascha | X | | |
| Krahl Andreas | X | | |
| Kraus Nikolaus | | X | |
| Kreuzer Thomas | | X | |
| Kühn Harald | | X | |
| Kurz Sanne | | | |
| Ländner Manfred | | X | |
| Lettenbauer Eva | | | |
| Löw Stefan | | | |
| Dr. Loibl Petra | | X | |
| Lorenz Andreas | | | |
| Ludwig Rainer | | X | |
| Magerl Roland | | X | |
| Maier Christoph | | X | |
| Mang Ferdinand | | X | |
| Mannes Gerd | | X | |
| Markwort Helmut | | X | |
| Dr. Mehring Fabian | | X | |
| Dr. Merk Beate | | X | |
| Miskowitsch Benjamin | | X | |
| Mistol Jürgen | X | | |
| Mittag Martin | | X | |
| Monatzeder Hep | X | | |
| Dr. Müller Ralph | | | |
| Müller Ruth | X | | |
| Muthmann Alexander | | | |
| Nussel Walter | | X | |
| Dr. Oetzinger Stephan | | X | |
| Osgyan Verena | X | | |
| Pargent Tim | X | | |
| Prof. Dr. Piazolo Michael | | | |
| Pittner Gerald | | X | |
| Plenk Markus | | X | |
| Pohl Bernhard | | X | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|------------------------------|----|------|------------------|
| Pschierer Franz Josef | | X | |
| Radler Kerstin | | X | |
| Radlmeier Helmut | | X | |
| Rauscher Doris | X | | |
| Regitz Barbara | | X | |
| Reiß Tobias | | X | |
| Riedl Robert | | X | |
| Dr. Rieger Franz | | | |
| Rinderspacher Markus | X | | |
| Ritt Hans | | X | |
| Ritter Florian | X | | |
| Rüth Berthold | | X | |
| Dr. Runge Martin | X | | |
| Sandt Julika | | X | |
| Sauter Alfred | | | |
| Schalk Andreas | | X | |
| Scharf Ulrike | | | |
| Schiffers Jan | | X | |
| Schmid Josef | | | |
| Schmidt Gabi | | X | |
| Schöffel Martin | | X | |
| Schorer Angelika | | X | |
| Schorer-Dremel Tanja | | X | |
| Schreyer Kerstin | | X | |
| Schuberl Toni | X | | |
| Schuhknecht Stephanie | X | | |
| Schulze Katharina | | | |
| Schuster Stefan | | | |
| Schwab Thorsten | | X | |
| Schwamberger Anna | X | | |
| Dr. Schwartz Harald | | X | |
| Seidenath Bernhard | | X | |
| Sengl Gisela | | | |
| Siekmann Florian | X | | |
| Singer Ulrich | | X | |
| Skutella Christoph | | | |
| Dr. Söder Markus | | | |
| Sowa Ursula | X | | |
| Dr. Spaenle Ludwig | | | |
| Dr. Spitzer Dominik | | X | |
| Stachowitz Diana | X | | |
| Stadler Ralf | | X | |
| Steinberger Rosi | X | | |
| Steiner Klaus | | | |
| Stierstorfer Sylvia | | X | |
| Stöttner Klaus | | X | |
| Stolz Anna | | X | |
| Straub Karl | | | |
| Streibl Florian | | X | |
| Dr. Strohmayr Simone | X | | |
| Stümpfig Martin | X | | |
| Swoboda Raimund | | X | |
| Tasdelen Arif | X | | |
| Taubeneder Walter | | X | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|-----------------------------------|----|------|------------------|
| Tomaschko Peter | | X | |
| Trautner Carolina | | X | |
| Triebel Gabriele | X | | |
| Urban Hans | X | | |
| Vogel Steffen | | X | |
| Wagle Martin | | X | |
| Waldmann Ruth | X | | |
| Prof. Dr. Waschler Gerhard | | X | |
| Weidenbusch Ernst | | | |
| Dr. Weigand Sabine | | | |
| Weigert Roland | | | |
| Widmann Jutta | | | |
| Wild Margit | X | | |
| Winhart Andreas | | X | |
| Winter Georg | | X | |
| Zellmeier Josef | | X | |
| Zierer Benno | | X | |
| Zwanziger Christian | | | |
| Gesamtsumme | 46 | 107 | 0 |